

Öffentliches Recht in Bayern

Eine prüfungsorientierte Darstellung

Bearbeitet von

Prof. Dr. Ulrich Becker, Prof. Dr. Dirk Heckmann, Prof. Dr. Bernhard Kempen, Prof. Dr. Gerrit Manssen

7. Auflage 2017. Buch. XXXV, 587 S. Kartoniert

ISBN 978 3 406 70683 7

Format (B x L): 16,0 x 24,0 cm

[Recht > Öffentliches Recht > Verwaltungsrecht](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Landesrecht
Freistaat Bayern

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Öffentliches Recht in Bayern

Verfassungsrecht
Kommunalrecht
Polizei- und Sicherheitsrecht
Öffentliches Baurecht

Eine prüfungsorientierte Darstellung

von

Dr. Ulrich Becker, LL. M. (EHI)
Direktor am Max-Planck-Institut für Sozialrecht und
Sozialpolitik und Honorarprofessor an der
Ludwig-Maximilians-Universität München

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Dr. Dirk Heckmann
Professor an der Universität Passau

Dr. Bernhard Kempf
Professor an der Universität zu Köln

Dr. Gerrit Manssen
Professor an der Universität Regensburg

7. Auflage 2017





beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 70683 7

© 2017 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Nomos Verlagsgesellschaft
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: jürgen ullrich typosatz, Nördlingen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur siebten Auflage

Die 7. Auflage des Lehrbuchs bringt eine wichtige Änderung: Sie passt den Stoff an die Änderung der JAPO an. Seit Anfang 2017 gehören das Kommunalabgabenrecht und das kommunale Unternehmensrecht nicht mehr zu den Prüfungsgegenständen der Ersten Juristischen Staatsprüfung.

Dementsprechend wurde das kommunalrechtliche Kapitel gekürzt. Neben anderen notwendig gewordenen Anpassungen an die Rechtsentwicklung ist dort auch schon der Gesetzentwurf zur Änderung des GLKrWG und anderer Gesetze berücksichtigt, dessen Beschluss zwar bis zur Drucklegung noch nicht erfolgt ist, der aber zu wichtigen Änderungen in prüfungsrelevanten Fragen, vor allem im Hinblick auf die Vertretungsbefugnis des Ersten Bürgermeisters, führen kann.

Im Polizei- und Sicherheitsrecht wurde neben neuer Rechtsprechung und Literatur der Vorspann um aktuelle Entwicklungen rund um die Vorratsdatenspeicherung und weitere informationelle Eingriffe ergänzt. Eingearbeitet wurde neben dem Gesetz zur effektiveren Überwachung gefährlicher Personen vom 24.7.2017 (GVBl. S. 388) auch das Gesetz über Verbote der Gesichtsverhüllung in Bayern vom 12.7.2017 (GVBl. S. 362), die zahlreiche Änderungen im PAG und dem LStVG mit sich brachten.

Im 4. Teil zum Öffentlichen Baurecht wurden vor allem die 2017 erfolgten Änderungen des Baugesetzbuchs und der Bayerischen Bauordnung eingearbeitet.

Wie immer haben wir Kritik und Anregungen aus dem Leserkreis aufgenommen. Ebenso freuen wir uns weiterhin über Verbesserungsvorschläge und bitten, diese an den Autor zu richten, der für den betroffenen Abschnitt des Lehrbuchs die Verantwortung trägt.

Auch zur siebten Auflage gilt unser besonderer Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die uns durch ihre engagierte Mithilfe bei der Überarbeitung des Buchs unterstützt haben. Zu nennen sind insbesondere Lisa Lambertz (Köln), Dominik Ludstock und Julian Zinn (München), Anne Paschke und Christoph Halder (Passau) sowie Fabian Michl (Regensburg).

München, Passau, Köln und Regensburg,
im August 2017

*Ulrich Becker
Dirk Heckmann
Bernhard Kempen
Gerrit Manssen*

Aus dem Vorwort zur ersten Auflage

Das vorliegende Buch verfolgt das Ziel, den Studierenden an Bayerischen Juristischen Fakultäten das Fachwissen in den landesrechtsspezifischen Matrizen des Öffentlichen Rechts zu vermitteln. Es unterscheidet sich konzeptionell von anderen Sammelbänden. Der dargebotene Stoff beschränkt sich auf die prüfungsrelevanten *Pflichtfächer* und lässt alle *sonstigen* (nur) für die öffentlichrechtlichen Wahlfächer bzw. die Verwaltungspraxis wichtigen Rechtsgebiete außen vor. Ebenso wird innerhalb der Darstellungen durchgehend jeweils nur das behandelt, was Gegenstand juristischer Prüfungen sein kann. Daraus rechtfertigt sich auch der Verzicht auf einen umfangreichen Fußnotenapparat. Auf diese Weise beschränkt sich der Gesamtumfang auf ein Maß, dessen Bewältigung redlicherweise erwartet werden kann.

Besonderer Wert wird auf die Verständlichkeit der Darstellungen gelegt. Auf typische Aufbauprobleme in Klausuren und Hausarbeiten wird besonders eingegangen. Zahlreiche Beispiele sowie Aufbauschemata und sonstige didaktische Hinweise erleichtern die Anwendung des Gelernten, Querverweise auf Randnummern innerhalb, aber auch auf Randnummern anderer Kapitel verdeutlichen zugleich die materielle Wechselbezüglichkeit der verschiedenen Problemstellungen und der Rechtsgebiete. Das Buch eignet sich sowohl für die vorlesungsbegleitende Mitarbeit als auch für die Vorbereitung auf universitäre Leistungsnachweise und das Examen im Öffentlichen Recht.

Passau, Regensburg und Würzburg, im März 2000

Ulrich Becker

Dirk Heckmann

Bernhard Kempen

Gerrit Manssen

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXVII
Literaturverzeichnis	XXXIII
1. Teil. Bayerisches Verfassungsrecht (<i>Bernhard Kempen</i>)	1
2. Teil. Bayerisches Kommunalrecht (<i>Ulrich Becker</i>)	75
3. Teil. Bayerisches Polizei- und Sicherheitsrecht (<i>Dirk Heckmann</i>)	233
4. Teil. Öffentliches Baurecht (<i>Gerrit Manssen</i>)	423
Sachverzeichnis	573

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XXVII
Literaturverzeichnis	XXXIII

1. Teil. Bayerisches Verfassungsrecht (B. Kempen)

A. Die Bayerische Verfassung als rechtliche Grundordnung	1
B. Verfassungsgeschichtliche Grundzusammenhänge	2
I. Vorbemerkung	2
II. Grundlagen bayerischer Verfassungsgeschichte	2
III. Entstehung der Bayerischen Verfassung	4
IV. Bayerns Weg zum Grundgesetz	5
C. Grundgesetz und Bayerische Verfassung	6
I. Bund und Länder im Bundesstaat	6
II. Verfassungsautonomie der Länder	9
III. Kollisionsregel: Bundesrecht bricht Landesrecht	11
1. Tatbestandliche Voraussetzungen	11
2. Problem: inhaltsgleiches Landes(verfassungs)recht	12
IV. Grundzüge der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern	15
1. Gesetzgebung	15
2. Verwaltung	17
3. Rechtsprechung	20
V. Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern im Bereich der auswärtigen Gewalt und in der Finanzverfassung	21
1. Finanzverfassung	21
2. Auswärtige Gewalt	22
D. Bayerische Verfassung und Europäisches Unionsrecht	26
I. Unionsrecht und deutscher Föderalismus	27
II. Der Rang des Unionsrechts in der bundesstaatlichen Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland	29
E. Wesensmerkmale bayerischer Staatlichkeit	30
I. Staatsvolk	31
II. Staatsgebiet	32
III. Staatsgewalt	32
F. Staatsstrukturbestimmungen der Bayerischen Verfassung	32
I. Bayern als Freistaat	33
II. Bayern als Rechts-, Kultur- und Sozialstaat	33
1. Rechtsstaat	33
2. Kulturstaat	34
3. Sozialstaat	34
III. Bayern als Demokratie	35
IV. Staatszielbestimmungen	36
G. Gesetzgebende Gewalt	37
I. Gesetzgebungsorgane	37
1. Landtag	37
2. Senat (bis 31.12.1999)	39

II. Gesetzgebungsverfahren	39
1. Gesetzgebung durch den Landtag	40
2. Volksgesetzgebung	40
3. Sonderfall: Verfassungsänderung	42
H. Vollziehende Gewalt	43
I. Regierung und Verwaltungsbehörden	43
1. Staatsregierung	43
2. Oberste Landesbehörden	45
3. Bayerischer Oberster Rechnungshof	45
4. Landesämter und zentrale Dienststellen	45
5. Behörden der Mittelstufe	46
6. Behörden der Unterstufe	47
II. Verfassungsrechtliche Vorgaben für die Verwaltung	47
I. Rechtsprechende Gewalt	48
I. Organisation bayerischer Landesgerichtsbarkeit	48
II. Bayerischer Verfassungsgerichtshof	48
1. Zuständigkeiten und Verfahrensbesonderheiten	50
2. Verhältnis zur Verfassungsgerichtsbarkeit des Bundes	54
3. Maßstäbe der landesverfassungsgerichtlichen Kontrolle	55
J. Grundrechte	56
I. Besonderheiten der bayerischen Grundrechtsdogmatik	58
1. Grundrechtsträger	58
2. Grundrechtsverletzung	59
3. Leistungs- und Teilhabegrundrechte	59
4. Grundrechtliche Schutzpflichten	60
5. Grundrechtliche Wertmaßstäbe	61
II. Einzelne Grundrechte	61
1. Menschenwürde und allgemeine Handlungsfreiheit	61
2. Geistig-kommunikative Freiheiten	63
3. Personale Entfaltungsfreiheiten	65
4. Freiheiten im Bereich der Wirtschaft	65
5. Gleichheitsgrundrechte	67
K. Grundpflichten	68
L. Sonderteil: Eigenarten des bayerischen Verwaltungsverfahrens- und Verwaltungsprozessrechts	68
I. Verwaltungsverfahrensgesetze des Bundes und des Freistaats Bayern ..	68
1. Anwendungsbereich der Verwaltungsverfahrensgesetze	69
2. Wichtige unterschiedliche Regelungsinhalte	70
II. Bayerisches Ausführungsgesetz zur Verwaltungsgerichtsordnung	71
2. Teil. Bayerisches Kommunalrecht (U. Becker)	
A. Einführung	75
I. Kommunalrecht als Unterrichts- und Prüfungsfach	75
II. Charakteristika und Tätigkeiten von Kommunen	77
1. Rechtsnatur	77
2. Arten und Abgrenzung	78
3. Namen und Organe	80
4. Handlungsformen	82
III. Verflechtung von Kommunen und Staat	83
1. Funktional	83
2. Organisatorisch	85

Inhaltsverzeichnis	XI
B. Verfassungsrechtliche Vorgaben	87
I. Allgemeine Grundsätze	87
II. Selbstverwaltungsgarantie	88
1. Dimensionen der Selbstverwaltungsgarantie	88
a) Bezogen auf Gemeinden	88
b) Bezogen auf Landkreise und Bezirke	89
2. Bezugspunkt der Selbstverwaltungsgarantie (Schutzbereich I)	90
a) Örtliche Angelegenheiten und eigenverantwortliches Handeln ...	90
b) Aufgabenerfindungsrecht der Gemeinden	92
3. Selbstverwaltungsbereiche (Schutzbereich II)	95
4. Eingriffe in die Selbstverwaltungsgarantie und ihre Rechtfertigung	97
5. Rechtsschutz	100
III. Sonstige Verfassungspositionen der Kommunen	103
1. Kommunen als Grundrechtsträger	103
a) Nach dem GG	103
b) Nach der BV	104
2. Finanzgarantien	104
C. Äußere Organisation	106
I. Gebiet und Bestand	106
1. Bedeutung des Gemeindegebiets	106
a) Grundsätze	106
b) Gemeindefreie Gebiete	107
2. Bestands- und Gebietsänderungen	108
a) Gründe für Reformen	108
b) Typologie der Änderungen	109
c) Gemeinsame Voraussetzungen	109
d) Form, Zuständigkeit und Rechtsfolgen	110
II. Rechtsschutzfragen	111
III. Angehörige und Bürger	113
D. Kommunalverfassungsrecht	116
I. Allgemeine Grundsätze	116
II. Erster Bürgermeister	117
1. Rechtliche Stellung	117
2. Funktionen und Zuständigkeiten	117
a) Funktionen im Zusammenhang mit dem Gemeinderat	118
aa) Leitungsfunktion	118
bb) Vollzugs- und Kontrollfunktion	118
b) Eigene Zuständigkeit des ersten Bürgermeisters	119
aa) Grundsatz	119
bb) Übertragung weiterer Angelegenheiten	120
cc) Zuständigkeit anstelle des Gemeinderats	120
c) Vertretung des ersten Bürgermeisters und Befugnis- übertragung	121
aa) Allgemeine Stellvertretung	121
bb) Aufgabenübertragung	122
3. Vertretung der Gemeinde nach außen	123
a) Grundsatz	123
b) Folgen von Zuständigkeitsverstößen	124
c) Verpflichtungserklärungen	126
4. Exkurs: Landrat und Bezirkstagspräsident	126
III. Gemeinderat	127
1. Rechtliche Stellung und Zuständigkeit	127

2. Zusammensetzung	128
a) Zahl und Mandatsverteilung	128
b) Änderungen in der Zusammensetzung	129
3. Status und Rechte der Mitglieder	131
a) Grundsatz	131
b) Ablehnung des Amts	131
c) Indemnität	132
d) Teilnahme- und Abstimmungspflicht	132
e) Mandatsverlust	133
f) Rechte der Gemeinderatsmitglieder	134
g) Vertretungsverbot	136
4. Fraktionen	137
5. Ausschüsse	138
a) Art und Funktion	138
b) Einrichtung	139
c) Verhältnis zum Gemeinderat	140
d) Zusammensetzung	141
e) Auflösung und Neubildung	142
6. Berufsmäßige Gemeinderatsmitglieder	143
IV. Geschäftsgang im Gemeinderat	143
1. Geschäftsordnung	143
2. Einberufung, Ladung und Beschlussfähigkeit	144
a) Grundsatz	144
b) Ladung	145
c) Weitere Erfordernisse der Beschlussfähigkeit	146
3. Mitwirkungsverbote	147
4. Handhabung der Ordnung	150
5. Weitere Verfahrensbestimmungen	152
6. Fehlerfolgen	153
V. Kommunalverfassungsrechtliche Streitigkeiten	154
1. Grundsatz	154
2. Verwaltungsprozessuale Besonderheiten	154
E. Mitwirkung der Bürger	157
I. Wahlrecht	157
1. Allgemeines	157
2. Grundzüge des Gemeindewahlrechts	157
a) Wahlberechtigung	157
b) Wahlverfahren	158
c) Wahlsystem	158
d) Überprüfung der Wahl	159
II. Bürgerbegehren und Bürgerentscheid	160
1. Rechtsgrundlage und Funktion	160
2. Verfahren im Überblick	161
3. Voraussetzungen und Durchführung der Verfahrensschritte	161
a) Voraussetzungen des Bürgerbegehrens	161
aa) Formell	161
bb) Materiell	162
b) Zustandekommen des Bürgerbegehrens	164
c) Weiteres Verfahren	165
d) Durchführung des Bürgerentscheids	166
4. Rechtsschutz	167
a) Klage auf Zulassung des Bürgerbegehrens	167
b) Geltendmachung der Sperrwirkung	168

Inhaltsverzeichnis	XIII
c) Sonstiges	169
III. Sonstige Mitwirkungsmöglichkeiten	170
1. Bürgerversammlung	170
2. Bürgerantrag	170
F. Aufgaben und Handlungsformen von Kommunen	171
I. Aufgaben	171
1. Differenzierung	171
2. Aufgabenbereiche	172
a) Aufgaben des eigenen Wirkungskreises	172
aa) Kataloge	172
bb) Beispiele freiwilliger Aufgaben von Gemeinden	173
cc) Pflichtaufgaben der Gemeinden	173
dd) Eigene Aufgaben von Landkreisen und Bezirken	174
b) Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	175
3. Formen der Aufgabenerfüllung	176
II. Handlungsformen	177
1. Erlass von Rechtsnormen	177
a) Formen der Rechtsetzung	177
b) Satzungen	177
aa) Rechtsgrundlagen und Gesetzesvorbehalt	177
bb) Inhaltliche Grenzen	179
cc) Arten gemeindlicher Satzungen	179
dd) Regelaufbau	180
ee) Zuständigkeit und Verfahren	181
ff) Fehlerfolgen	182
c) Kommunale Verordnungen	182
aa) Arten	182
bb) Erlass und Fehlerfolgen	183
d) Überprüfung	183
2. Erlass von Verwaltungsakten	184
a) Grundlage und Vollzug	184
b) Fehler und ihre Folgen	185
3. Sonstige Handlungsformen	185
III. Rechtsschutz und Haftung	186
1. Kommunen im Verwaltungsprozess	186
2. Haftungsfragen	187
a) Privatrechtliche Haftung	188
b) Öffentlich-rechtliche Haftung	189
aa) Amtshaftung	189
bb) Verwaltungsrechtliches Schuldverhältnis	189
cc) Haftungsbeschränkungen	190
dd) Sonstige Ansprüche	190
c) Rückgriff	190
IV. Finanzen	191
1. Allgemeine Grundsätze	191
2. Steuern	191
3. Beiträge und Gebühren	192
G. Kommunale Einrichtungen	194
I. Begriff	194
II. Organisation und Zugang	196
1. Organisatorische und räumliche Ausgestaltung	196
2. Anspruch auf Benutzung	197

a) Allgemeines	197
b) Umfang des Anspruchs	199
aa) Grundsätze	199
bb) Kapazitätsprobleme	200
cc) Widmungserweiterung	201
III. Benutzung	202
1. Benutzungsverhältnis	202
a) Gestaltungsmöglichkeiten	202
b) Verhältnis zum Zulassungsanspruch	202
c) Einzelfragen	204
2. Anschluss- und Benutzungzwang	204
a) Begriffe	204
b) Betroffene Einrichtungen	205
c) Voraussetzungen und Verpflichtete	205
d) Ausgestaltung	206
e) Verfassungs- und europarechtliche Fragen	208
H. Kommunalaufsicht	209
I. Allgemeine Grundsätze	209
2. Formen der Aufsicht	210
a) Differenzierung nach dem zeitlichen Ansatzpunkt	210
b) Differenzierung nach dem gegenständlichen Ansatzpunkt	211
3. Zuständige Aufsichtsbehörden	212
II. Rechtsaufsicht	213
1. Umfang	213
2. Mittel	214
a) Grundsätze	214
b) Informationsrecht	215
c) Beanstandung	215
d) Ersatzvornahme	216
e) Bestellung eines Beauftragten	218
III. Fachaufsicht	219
1. Umfang	219
2. Mittel	219
IV. Fragen des Rechtsschutzes	221
1. Rechtsschutz gegen aufsichtliche Maßnahmen	221
a) Angrifffbarkeit der Maßnahmen	221
b) Vorverfahren	222
2. Aufsichtsbehörden als Widerspruchsbehörden	223
I. Kommunale Zusammenarbeit	224
I. Allgemeine Grundsätze	224
II. Verwaltungsgemeinschaft	225
1. Rechtsnatur und Gründung	225
2. Tätigkeit der Verwaltungsgemeinschaft	226
a) Aufgaben	226
b) Verfassung	227
c) Aufsicht	228
III. Zusammenarbeit nach dem KommZG	228
1. Allgemeines	228
2. Arbeitsgemeinschaften	229
3. Zweckvereinbarungen	229
4. Zweckverbände	230
5. Gemeinsame Kommunalunternehmen	231

3. Teil. Bayerisches Polizei- und Sicherheitsrecht (D. Heckmann)

A. Einführung in das Rechtsgebiet	233
I. Der Gegenstand des Polizei- und Sicherheitsrechts	233
1. Gewährleistung der inneren Sicherheit durch Rechtsgüterschutz	234
a) Schutzbedürftigkeit von Rechtsordnung und Rechtsgemeinschaft	234
aa) Die Verletzlichkeit des Rechts und seiner Adressaten (Einführung des Begriffs der öffentlichen Sicherheit)	234
bb) Realisierungsstufen der Rechtsverletzung (Einführung des Begriffs der Gefahr im polizeirechtlichen Sinne)	235
b) Ziele und Perspektiven polizeilichen Handelns	236
aa) Die Polizei als „Beschützer“ (Einführung in Handlungsrichtung und Handlungsebenen)	236
bb) Die Polizei als „Verfolger“ (Abgrenzung des Polizeirechts gegenüber dem Strafrecht)	238
cc) Die Polizei als „Bewahrer“ (Abgrenzung des Polizeirechts insbesondere gegenüber dem Privatrecht)	239
2. Abgrenzung des Polizeirechts gegenüber dem Sicherheitsrecht	240
3. Gefahrenabwehr und Grundgesetz	241
a) Polizei im Bundesstaat	241
b) Rechtsstaatliche Anforderungen	242
c) Demokratische Legitimation	242
d) Grundrechtsfragen	243
II. Die Organisation der Gefahrenabwehrbehörden	243
1. Systematische Gliederung	244
2. Hierarchische Gliederung	245
III. Die Bedeutung des Polizei- und Sicherheitsrechts	246
1. Die Prüfungsrelevanz	246
2. Der rechtspolitische Stellenwert	246
a) Vorratsdatenspeicherung	248
b) „Online-Durchsuchung“	251
c) Automatisierte Kennzeichenerfassung	253
d) Zugangsschwerungsgesetz (sog. „Netzsperren“)	254
e) Befugnisse zur Terrorismusgefahrenabwehr nach dem BKAG	256
B. Ermächtigungsgrundlagen für polizeiliche Maßnahmen	256
I. Aufgabe und Befugnis	256
1. Aufgaben der Polizei (Art. 2 PAG)	256
a) Gefahrenabwehr (Art. 2 Abs. 1 PAG)	257
b) Schutz privater Rechte (Art. 2 Abs. 2 PAG)	257
c) Vollzugshilfe (Art. 2 Abs. 3 PAG)	258
d) Weitere Aufgaben (Art. 2 Abs. 4 PAG)	260
2. Das Verhältnis von Aufgabe und sachlicher Zuständigkeit	260
3. Das Verhältnis von Aufgabe und Befugnis	260
II. Einteilung der Befugnisnormen nach dem „lex-specialis“-Grundsatz ..	261
1. Befugnisnormen in Spezialgesetzen (außerhalb des PAG)	262
2. Die sog. Standardbefugnisse	262
3. Die polizeiliche Generalklausel	263
III. Einteilung der Befugnisnormen nach dem Rechtscharakter (befehlende oder realisierende Tätigkeit)	264
1. Befehl und Zwang als Grundkonstellation im Polizeirecht	264
2. „Realisierende Polizeitätigkeit“	265
IV. Aufbautechnischer Hinweis	265

C. Die Rechtmäßigkeit der Polizeiverfügung	266
I. Die formelle Rechtmäßigkeit der Polizeiverfügung	266
1. Zuständigkeit	267
a) Sachliche Zuständigkeit	267
aa) Kompetenzabgrenzung	267
bb) Besonderheiten im Prüfungsaufbau	268
b) Örtliche Zuständigkeit	268
2. Form	269
3. Verfahren	269
a) Allgemeine Verfahrensanforderungen (insbesondere: Anhörung)	269
b) Polizeirechtsspezifische Verfahrensanforderungen	269
II. Die materielle Rechtmäßigkeit der Polizeiverfügung	270
1. Tatbestand: Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung	270
a) Öffentliche Sicherheit	270
aa) Individualbezogene Schutzrichtung	270
bb) Gemeinschaftsbezogene Schutzrichtung	271
b) Öffentliche Ordnung	272
c) Gefahr	273
aa) Schaden (in Abgrenzung zu bloßer Unannehmlichkeit)	274
bb) Gefahrenformen (nach Schadensnähe und Schadenshöhe)	274
cc) Prognose und Bewertung	276
dd) Die Rechtslage bei defizitärer Tatsachenbasis: Gefahren- verdacht	277
ee) Die Rechtslage bei fehlerhafter Prognose: Putativgefahr und Anscheingefahr	278
ff) Drohende Gefahr nach Art. 11 Abs. 3 PAG	280
2. Rechtsfolgen der Generalklausel („notwendige Maßnahmen“)	281
a) Opportunitätsprinzip und Entschließungsermessens	281
b) Gesetzliche Schranken des Auswahlermessens	282
aa) Einhaltung gesetzlicher und verfassungsrechtlicher Verbote	283
bb) Bestimmtheit	283
cc) Verhältnismäßigkeit	284
dd) Ermessensbindung aufgrund des Gleichheitssatzes	286
c) Zweckmäßigkeit	286
3. Adressaten der Polizeiverfügung	287
a) Grundfragen polizeilicher Verantwortlichkeit	287
b) Handlungsstörer (Art. 7 PAG)	288
aa) Verursachung	288
bb) Verantwortlichkeit durch Unterlassen	290
cc) Aufsichtspersonen	291
dd) Geschäftsherren	291
c) Zustandsstörer (Art. 8 PAG)	291
aa) Inhaber der tatsächlichen Gewalt, Eigentümer und Berechtigte	291
bb) Grenzen der Zustandsverantwortlichkeit	293
d) Sonderfall: Hoheitsträger	293
e) Rechtsnachfolge in die Polizeipflicht	294
aa) Rechtsnachfolge in die materielle Polizeipflicht des Zustandsstörers	295
bb) Rechtsnachfolge in die materielle Polizeipflicht des Verhaltensstörers	295
cc) Rechtsnachfolge in die formelle Polizeipflicht des Zustandsstörers	295

dd) Rechtsnachfolge in die formelle Polizeipflicht des Verhaltensstörers	296
f) Störerauswahl	296
g) Inanspruchnahme des Nichtstörers (Art. 10 PAG)	297
D. Die Vollstreckung der Polizeiverfügung	298
I. Begriff und Wesen der Vollstreckung	298
II. Inhalt und Systematik der Art. 53–69 PAG	299
1. Die Zwangsmittel	299
a) Ersatzvornahme (Art. 54 Abs. 1 Nr. 1, 55 PAG)	300
b) Zwangsgeld und Ersatzzwangshaft (Art. 54 Abs. 1 Nr. 2, 56 f. PAG)	300
c) Unmittelbarer Zwang (Art. 54 Abs. 1 Nr. 3, 58, 60 ff. PAG)	301
2. Stufen des Vollstreckungsverfahrens	301
a) Androhung	302
b) Anwendung	302
III. Allgemeine Vollstreckungsvoraussetzungen	303
1. Vorliegen eines befehlenden, vollziehbaren Verwaltungsaktes (Grundverfügung)	303
a) Polizeilicher Befehl	303
b) Vollziehbarkeit des Verwaltungsaktes	304
c) Nichterfüllung der durch die Grundverfügung auferlegten Pflicht (keine „Erledigung“ des Zwangsmittels)	304
2. Rechtmäßigkeit der Grundverfügung als Vollstreckungsvoraussetzung (Konnexitätgrundsatz)?	305
3. Duldungsverfügung bei Eingriffen in Rechte Dritter	307
IV. Ordnungsgemäße Durchführung der Vollstreckung	307
1. Androhung und Auswahl des Zwangsmittels	307
2. Durchführung der Ersatzvornahme (Art. 55 PAG)	308
3. Festsetzung und Beitreibung des Zwangsgeldes (Art. 56 PAG)	309
4. Anordnung von Ersatzzwangshaft (Art. 57 PAG)	310
5. Anwendung unmittelbaren Zwangs (Art. 58, 60–69 PAG)	311
6. Insbesondere: Schusswaffengebrauch (Art. 66–68 PAG)	311
7. Exkurs: Die Konkurrenz zu den Notwehr- und Notstandsregelungen	312
8. Aussageerzwingung mittels unmittelbaren Zwangs („Darf die Polizei foltern“?)	313
V. Der sofortige Vollzug	314
E. Tatsächliche (insbesondere regelungsersetzende) Maßnahmen der Polizei ...	315
I. Ausnahmen von „Befehl und Zwang“	315
1. Maßnahmen bei Abwesenheit des Betroffenen	315
2. Maßnahmen bei Untunlichkeit von Ge- oder Verböten	316
II. Unmittelbare Ausführung und sofortiger Vollzug	316
1. Der sofortige Vollzug	317
2. Die unmittelbare Ausführung	317
a) Tatbestandsvoraussetzungen	317
b) Rechtsfolgen	318
c) Rechtsnatur der unmittelbaren Ausführung	318
d) Zur Abgrenzung vom sofortigen Vollzug	318
III. Standardmaßnahmen	320
1. Begriff und systematische Einordnung	320
2. Die Rechtsnatur von Standardmaßnahmen	321
IV. Maßnahmen bei gestörter Polizeitätigkeit	323

F. Die einzelnen Standardmaßnahmen	325
I. Auskunftsverlangen und Identifizierung (Art. 12–15 PAG)	325
1. Das Auskunftsverlangen (Art. 12 PAG)	325
2. Die Identitätsfeststellung (Art. 13 PAG)	327
3. Erkennungsdienstliche Maßnahmen (Art. 14 PAG)	333
4. Die Vorladung (Art. 15 PAG)	335
II. Platzverweisung und Aufenthaltsverbot (Art. 16 PAG)	336
1. Die Platzverweisung (Art. 16 PAG)	336
2. Exkurs: Polizeiliches Aufenthaltsverbot und Wohnungsverweis	341
3. Änderungen durch das Gesetz zur effektiveren Überwachung gefährlicher Personen	343
III. Gewahrsam (Art. 17–20 PAG)	344
1. Die Ingewahrsamnahme (Art. 17 PAG)	344
2. Verfahrensregelungen (Art. 18–20 PAG)	347
IV. Durchsuchung von Personen, Sachen und Wohnungen (Art. 21–24 PAG)	348
1. Die Durchsuchung von Personen (Art. 21 PAG)	348
2. Die Durchsuchung von Sachen (Art. 22 PAG)	352
3. Das Betreten und Durchsuchen von Wohnungen (Art. 23 PAG)	353
V. Sicherstellung, Verwahrung, Verwertung (Art. 25–28 PAG)	355
1. Die Sicherstellung (Art. 25 PAG)	355
2. Die Verwahrung (Art. 26 PAG)	358
3. Folgeregelungen (Art. 27–28 PAG)	358
G. Die finanzielle Abwicklung polizeilicher Tätigkeit auf der sog. Sekundärebene	359
I. Die Erstattung von Polizeikosten	360
1. Vorbemerkung zur Kostenpflichtigkeit polizeilicher Maßnahmen ...	360
2. Grundsätze der Kostenerhebung	360
a) Kostenpflicht und Vorbehalt des Gesetzes	360
b) Begriff der Polizeikosten	361
c) Kostenpflicht und Grundrechte	362
d) (Persönliche) Kostenpflicht und Störereigenschaft	362
e) Kostenpflicht bei rechtswidriger Grundverfügung	363
3. Die Rechtmäßigkeit des Kostenbescheids	364
a) Formelle Rechtmäßigkeit	365
b) Materielle Rechtmäßigkeit	365
4. Die Ermächtigungsgrundlagen im Einzelnen (System der sachlichen Kostenpflicht)	365
a) Ersatz des Aufwands für die Realisierung der Gefahrenabwehr ..	365
aa) Kosten der unmittelbaren Ausführung	366
bb) Kosten der Ersatzvornahme	366
b) Ersatz des Aufwands für die Ausübung von Vollstreckungsdruck	367
aa) Androhung von Zwangsmitteln	367
bb) Festsetzung des Zwangsgeldes	368
cc) Kosten des unmittelbaren Zwangs	368
c) Ersatz des Aufwands für Standardmaßnahmen	368
aa) Kosten der Sicherstellung	368
bb) Kosten der Verwertung, Unbrauchbarmachung oder Vernichtung	369
d) Regressansprüche	369
II. Ersatzansprüche des Bürgers	369
1. Grundsätze der Entschädigung im Polizeirecht	369

2. Der Anspruch des Nichtstörers (Art. 70 Abs. 1 PAG)	370
a) Polizeiliche Notstandsmaßnahme	370
b) Nichtstörer als Anspruchsberechtigter	371
c) Kausalität und Schaden	373
d) Rechtsfolge: angemessene Entschädigung	373
e) Maßnahmen zum Schutz des Betroffenen (Art. 70 Abs. 4 PAG) ..	374
f) Entschädigungspflichtiger (Art. 70 Abs. 6 PAG)	375
g) Verjährung	375
h) Regress (Art. 72 PAG)	375
i) Rechtsweg (Art. 73 PAG)	376
3. Der Anspruch betroffener Dritter (Art. 70 Abs. 2 PAG)	376
 H. Grundzüge und Besonderheiten des Sicherheitsrechts	377
I. Das Landesstraf- und Verordnungsgesetz	377
1. Aufgaben der Sicherheitsbehörden	377
2. Verhältnis zwischen Sicherheitsbehörden und Polizei	378
a) Sicherheitsbehörden	378
b) Weisungsbefugnis der Sicherheitsbehörden	379
c) Vorrang sicherheitsbehördlicher Maßnahmen	379
d) Verhältnis zwischen den Sicherheitsbehörden	381
3. Befugnis zum Erlass von Verwaltungsakten	381
a) Opportunitätsprinzip	381
b) Die eingeschränkte Generalklausel	382
c) Sonstige Befugnisse	383
d) Vollstreckung	384
4. Erlass von Verordnungen	384
a) Verfassungsrechtliche Maßgaben	384
b) Einzelermächtigungen	385
c) Zuständigkeit	386
d) Normsetzungsermessen	387
e) Verfahren	387
f) Materielle Rechtmäßigkeit	388
g) Vollzug von Verordnungen	389
h) Exkurs: Kommunale Alkoholkonsumverbote	389
II. Versammlungsrecht	392
1. Versammlungen	393
2. Friedlich und ohne Waffen	394
3. Gegendemonstrationen	395
4. Inhalt und Zweck des BayVersG	395
a) Einfachgesetzlicher Versammlungsbegriff	396
b) Verhältnis des Versammlungsgesetzes zum Polizeirecht	396
c) Exkurs: Problematik der sog. „Gefährderanschreiben“ bzw. „Gefährderansprachen“ im Vorfeld von Versammlungen	397
d) Versammlungen unter freiem Himmel und in geschlossenen Räumen	401
5. Polizeiliche Befugnisse	401
a) Versammlungen in geschlossenen Räumen	401
b) Versammlungen unter freiem Himmel	402
c) Anfertigung von Bild- und Tonaufnahmen oder - aufzeichnungen	403
d) Verbot und Auflösung	405
e) Insbesondere: Verbot und Auflösung von Versammlungen mit rechtsextremistischem Hintergrund	407

I. Anhang	411
Anhang 1: Klausurfragen zum Abschleppen von Kraftfahrzeugen	411
1. Die Abgrenzung zwischen Sicherstellung und atypischer Maßnahme	411
a) Das Fahrzeug als gefährdetes oder gefährliches Objekt	411
b) Die Gefahr durch die „Lage des Fahrzeugs im Raum“	412
aa) Bloßes Versetzen des Fahrzeugs	412
bb) Verbringen des Fahrzeugs auf den Polizei- oder Abschlepphof	413
2. Qualifizierung der atypischen Maßnahmen	413
a) Persönliches Wegfahrgesetz gegenüber anwesendem Fahrer	413
b) Entfernung des Pkw ohne vorausgehendes Wegfahrgesetz	414
c) Sonderfall: Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtung	414
3. Umfang der Maßnahme	415
4. Zuständigkeit	417
5. Abschleppkosten und Zurückbehaltungsrecht	418
6. Haftung für Abschleppschäden	419
Anhang 2: Die Rechtmäßigkeit einer Vollstreckungsmaßnahme	420
I. Ermächtigungsgrundlage für die Vollstreckungsmaßnahme	420
II. Formelle Rechtmäßigkeit der Vollstreckungsmaßnahme	420
III. Materielle Rechtmäßigkeit der Vollstreckungsmaßnahme	420
Anhang 3: Die Rechtmäßigkeit eines Kostenbescheids für die Durchführung einer Ersatzvornahme oder für die Anwendung unmittelbaren Zwangs	421
I. Ermächtigungsgrundlage für den Kostenbescheid	421
II. Formelle Rechtmäßigkeit des Kostenbescheides	421
III. Materielle Rechtmäßigkeit des Kostenbescheides	421
4. Teil. Öffentliches Baurecht (G. Manssen)	
A. Die Akteure im öffentlichen Baurecht	423
I. Bundes- und Landesgesetzgeber	423
1. Öffentliches und privates Baurecht	423
2. Bauplanungs- und Bauordnungsrecht	423
a) Bundeskompetenz für das Bauplanungsrecht	423
b) Landeskommunikation für das Bauordnungsrecht	424
3. Schnittstellen von Bauordnungs- und Bauplanungsrecht	425
II. Gemeinden, Staat und Fachplanungsträger	426
1. Die Stellung der Gemeinden im öffentlichen Baurecht	426
a) Grundsätzliche Garantie der gemeindlichen Planungs- hoheit	426
b) Die Rechtsaufsicht über die Gemeinden	427
c) Einschaltung der Gemeinden in den Baurechtsvollzug	427
2. Staatliche Behörden im Vollzug des öffentlichen Baurechts	428
a) Überwachung der gemeindlichen Bauleitplanung	428
b) Staatliche Behörden als Bauaufsichtsbehörden	428
c) Fachplanungsträger	430
(1) Fachplanung und Flächennutzungsplan	430
(2) Fachplanung und Bebauungsplan	430
d) Örtliche und überörtliche Planungsträger	431
III. Eigentümer und Nachbarn	432
1. Bauleitplanung als Inhalts- und Schrankenbestimmung des Eigentums	432
2. Öffentlichkeitsbeteiligung im öffentlichen Baurecht	433
3. Der Nachbar im öffentlichen Baurecht	433

B. Zulässigkeit von Vorhaben	434
I. Allgemeines zur bauplanungsrechtlichen Zulässigkeit von Vorhaben ..	434
1. Die Systematik der §§ 29 ff. BauGB	434
a) Einstieg über § 29 BauGB	434
b) Die Gebietskategorien	435
2. Das Erfordernis einer gesicherten Erschließung	436
II. Die Zulässigkeit von Vorhaben im Planbereich (§§ 30, 31 BauGB)	437
1. Der qualifizierte Bebauungsplan	437
a) Der Begriff des qualifizierten Bebauungsplans	437
b) Kein Widerspruch zu den Festsetzungen (insb. Art der baulichen Nutzung)	437
c) Feinsteuerung der bauplanungsrechtlichen Zulässigkeit nach § 15 BauNVO	438
2. Vorhabenbezogener Bebauungsplan (§ 30 Abs. 2 BauGB)	439
3. Ausnahmen und Befreiungen (§ 31 BauGB)	439
a) Allgemeines	439
b) Die Erteilung von Ausnahmen (§ 31 Abs. 1 BauGB)	440
c) Die Erteilung von Befreiungen (§ 31 Abs. 2 BauGB)	441
4. Bauen nach künftigem Bebauungsplan (§ 33 BauGB)	442
III. Die Zulässigkeit von Vorhaben im Innenbereich (§ 34 BauGB)	443
1. Anwendbarkeit von § 34 BauGB	443
2. Zulässigkeitsvoraussetzungen nach § 34 Abs. 1 BauGB	444
a) Sich-Einfügen in die Eigenart der näheren Umgebung	444
b) Sonderregelung für die Art der baulichen Nutzung (§ 34 Abs. 2 BauGB)	446
c) Befreiungsvorschrift (§ 34 Abs. 3a BauGB)	447
3. Satzungen nach § 34 Abs. 4 BauGB	447
a) Satzungarten	447
b) Erlassvoraussetzungen	448
IV. Zulässigkeit von Vorhaben im Außenbereich (§ 35 BauGB)	448
1. Allgemeines	448
a) Begriff des Außenbereichs	448
b) Privilegierte, nicht privilegierte und teilprivilegierte Vorhaben	449
2. Die Zulässigkeit von privilegierten Vorhaben im Außenbereich	450
a) Land- oder forstwirtschaftliche Vorhaben (§ 35 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)	450
b) Gartenbauliche Erzeugung (§ 35 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)	451
c) Anlagen der öffentlichen Versorgung (§ 35 Abs. 1 Nr. 3 BauGB)	451
d) Sonstige privilegierte Vorhaben (§ 35 Abs. 1 Nr. 4 BauGB)	452
e) Anlagen der Wind- und Wasserenergie (§ 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB)	453
f) Anlagen zur energetischen Nutzung von Biomasse (§ 35 Abs. 1 Nr. 6 BauGB)	453
g) Kerntechnische Anlagen (§ 35 Abs. 1 Nr. 7 BauGB)	453
h) Anlagen zur Nutzung solarer Strahlungsenergie (§ 35 Abs. 1 Nr. 8 BauGB)	453
3. Die öffentlichen Belange nach § 35 Abs. 3 S. 1 BauGB	454
a) Allgemeines	454
b) Die Bedeutung des Flächennutzungsplans als öffentlicher Belang (§ 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 BauGB)	455
c) Landschaftsplanung und sonstige Umweltschutzplanung (§ 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 BauGB)	456
d) Schädliche Umwelteinwirkungen (§ 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 3 BauGB)	456

e) Unwirtschaftliche Aufwendungen (§ 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 BauGB)	457
f) Belange des Natur-, Landschafts- und Denkmalschutzes (§ 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 5 BauGB)	457
g) Agrarstruktur, Wasserwirtschaft und Hochwasserschutz (§ 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 6 BauGB)	458
h) Vermeidung von Splittersiedlungen (§ 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 7 BauGB)	458
i) Störung der Funktionsfähigkeit von Funkstellen und Radaranlagen (§ 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 8 BauGB)	458
4. Raumordnungsklauseln (§ 35 Abs. 3 S. 2 BauGB)	458
a) Negative Wirkung von Zielen der Raumordnung (§ 35 Abs. 3 S. 2 1. HS BauGB)	459
b) Positive Wirkung von Zielen der Raumordnung (§ 35 Abs. 3 S. 2 2. HS BauGB)	459
5. Standortsteuerung für bestimmte privilegierte Vorhaben (§ 35 Abs. 3 S. 3 BauGB)	460
a) Steuerung durch Flächennutzungsplanung	460
b) Steuerung durch Ziele der Raumordnung	461
6. Teilprivilegierte Vorhaben (§ 35 Abs. 4 BauGB)	461
7. Rückbauverpflichtung (§ 35 Abs. 5 S. 2 BauGB)	462
8. Außenbereichssatzung (§ 35 Abs. 6 BauGB)	463
9. Das Erschließungserfordernis im Außenbereich	463
V. Gemeindliches Einvernehmen	464
1. Zweck und Rechtsnatur des Einvernehmens	464
2. Entscheidung der Gemeinde	465
3. Ersetzung des Einvernehmens	466
4. Rechtsschutzfragen	468
5. Haftungsfragen	470
C. Instrumente des Städtebaurechts	471
I. Übersicht	471
II. Bebauungsplan	472
1. Funktion des Bebauungsplans	472
2. Formelle Rechtmäßigkeitsanforderungen an den Bebauungsplan (ohne Abwägungsgebot)	473
a) Änderung, Ergänzung und Aufhebung von Bauleitplänen	473
b) Verbandskompetenz	474
c) Aufstellungsbeschluss	474
d) Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden	474
e) Umweltprüfung (§ 2 Abs. 4 BauGB)	476
f) Satzungsbeschluss (§ 10 Abs. 1 BauGB)	477
g) Begründung und zusammenfassende Erklärung	478
h) Genehmigung	478
i) Ausfertigung und Inkraftsetzung	479
j) Vereinfachtes und beschleunigtes Verfahren (§§ 13, 13a BauGB)	479
3. Materielle Rechtmäßigkeitsanforderungen an den Bebauungsplan (ohne Abwägungsgebot)	480
a) Städtebauliche Rechtfertigung (§ 1 Abs. 3 BauGB)	480
b) Entwicklungsgebot (§ 8 Abs. 2–4)	481
c) Anpassung an Ziele der Raumordnung (§ 1 Abs. 4 BauGB)	482
d) Zulässige Festsetzungen	482
4. Planerische Abwägung	484
a) Allgemeines	484

b)	Ermittlung abwägungserheblicher Belange (§ 2 Abs. 3 BauGB) ..	485
c)	Bewertung der ermittelten Belange (§ 2 Abs. 3 BauGB)	485
d)	Eigentliche Abwägung (§ 1 Abs. 7 BauGB)	486
5.	Bürgerbegehren und Bürgerentscheid beim Erlass von Bebauungs- plänen	488
6.	Der fehlerhafte Bebauungsplan	488
a)	Allgemeine Orientierung zu den §§ 214 ff. BauGB	488
b)	Verfahrens- oder Formfehler (ohne Abwägung)	489
c)	Verstoß gegen das Entwicklungsgebot	490
d)	Fehler bei Bebauungsplänen zur Innenentwicklung	490
e)	Abwägungsfehler (Verfahrensfehler und materielle Mängel)	491
f)	Das Unbeachtlichwerden von Fehlern	494
g)	Ergänzendes Verfahren nach § 214 Abs. 4 BauGB	495
7.	Rechtsschutz gegen Bebauungspläne	496
a)	Normenkontrollverfahren (§ 47 VwGO)	496
(1)	Rechtswegzuständigkeit	496
(2)	Statthaftigkeit	496
(3)	Antragsfähigkeit	496
(4)	Antragsbefugnis	496
(5)	Antragsgegner, Beiladung	499
(6)	Antragsfrist und Antragstellung	500
(7)	Begründetheitsprüfung	500
(8)	Sonderproblem: Teilungsgültigkeit von Bebauungsplänen	501
b)	Popularklage (Art. 98 S. 4 BV)	502
c)	Verfassungsbeschwerde (Art. 93 Abs. 1 Nr. 4a GG)	502
d)	Inzidente Überprüfung	502
8.	Haftung wegen rechtswidriger Bauleitplanung	503
a)	Amtshaftung	503
b)	Entschädigungsansprüche	504
III.	Flächennutzungsplan	504
1.	Funktion des Flächennutzungsplans	504
2.	Formelle Rechtmäßigkeitsanforderungen an den Flächennutzungs- plan	505
a)	Allgemeines (wie beim Bebauungsplan)	505
b)	Ordnungsgemäße Beschlussfassung im Gemeinderat	505
c)	Erläuterungsbericht	506
d)	Genehmigung des Flächennutzungsplans	506
e)	Inkraftsetzung des Flächennutzungsplans	507
3.	Materielle Rechtmäßigkeitsanforderungen an den Flächennut- zungsplan	507
a)	Pflicht zur Aufstellung des Flächennutzungsplans	507
b)	Sonstiges	507
4.	Der fehlerhafte Flächennutzungsplan	507
5.	Rechtsschutz gegen den Flächennutzungsplan	508
IV.	Kooperative Handlungsformen (§§ 11, 12 BauGB)	508
1.	Allgemeines	508
a)	Kein Anspruch auf eine bestimmte Bauleitplanung	508
b)	Zulässigkeit von Vorabfestlegungen	509
c)	Mögliche Regressforderungen bei fehlgeschlagener Planung	509
2.	Kooperative Handlungsformen	510
3.	Der Vorhaben- und Erschließungsplan (§ 12 BauGB)	511
a)	Allgemeines	511
b)	Vor- und Nachteile des Vorhaben- und Erschließungsplans	512

c) Realisierung des Vorhabens	512
d) Rechtliche Überprüfung des vorhabenbezogenen Bebauungs- plans	512
V. Veränderungssperre und Zurückstellung von Baugesuchen	513
1. Veränderungssperre (§ 14 BauGB)	513
2. Zurückstellung von Baugesuchen (§ 15 BauGB)	515
3. Entschädigung bei Veränderungssperre und Zurückstellung von Baugesuchen	516
D. Instrumente des Bauordnungsrechts	517
I. Allgemeines	517
1. Anwendbarkeit der BayBO	517
2. Formelles und materielles Bauordnungsrecht	517
3. Präventive und repressive Befugnisse	518
4. BayBO und sonstiges bayerisches Landesrecht	518
II. Baugenehmigung	519
1. Formelle Anforderungen an die Erteilung einer Baugenehmigung ...	519
a) Genehmigungspflicht	519
(1) Ausgangspunkt: Art. 55 BayBO	519
(2) Kein Vorrang anderer Gestattungsverfahren	519
(3) Verfahrensfreiheit (Art. 57 BayBO)	519
(4) Genehmigungsfreistellung (Art. 58 BayBO)	520
(5) Fliegende Bauten (Art. 72 BayBO)	522
(6) Bauvorhaben öffentlicher Stellen	522
(7) Streit über die Genehmigungspflicht	522
b) Bauantrag	522
c) Zuständigkeit	523
d) Behördenbeteiligung und Mitwirkung des Bauherrn	523
e) Nachbarbeteiligung (Art. 66 BayBO)	523
f) Sonstige Anforderungen	524
2. Materielle Voraussetzungen für die Erteilung der Baugenehmigung	524
a) Widerspruch gegen im Baugenehmigungsverfahren zu prüfende öffentlicht-rechtliche Vorschriften (Art. 68 Abs. 1 S. 1 1. HS BayBO)	524
b) Fakultative Ablehnungsbefugnis (Art. 68 Abs. 1 S. 1 2. HS BayBO)	525
c) Unwirksames gemeindliches Satzungsrecht	527
d) Vereinfachtes Genehmigungsverfahren nach Art. 59 BayBO	528
e) Baugenehmigungsverfahren nach Art. 60 BayBO	529
3. Rechtswirkungen der Baugenehmigung	529
a) Feststellungswirkung	529
b) Gestaltungswirkung	530
c) Grundstücksbezogenheit	531
d) Sonderproblem: Baugenehmigung und Gaststättenrecht	531
4. Schadensersatz- und Entschädigungsansprüche	532
III. Sonderformen im Bauzulassungsrecht	533
1. Vorbescheid (Art. 71 BayBO)	533
a) Allgemeines	533
b) Verhältnis von Vorbescheid und Baugenehmigung	534
c) Bebauungsgenehmigung	535
d) Rechtsschutz gegen den Vorbescheid	535
e) Amtshaftungsansprüche in Zusammenhang mit dem Vorbescheid	537
2. Teilbaugenehmigung (Art. 70 BayBO)	537

3. Ausführungsgenehmigung (Art. 72 Abs. 2 S. 1 BayBO)	538
4. Zustimmung (Art. 73 BayBO)	538
IV. Beseitigungsanordnung (Art. 76 BayBO)	539
1. Allgemeines	539
2. Tatbestandsvoraussetzungen	539
3. Ermessensausübung	541
4. Das Problem des Bestandsschutzes	542
a) Passiver Bestandsschutz: formell und materiell	542
b) Änderung der materiellen Baurechtslage während des gerichtlichen Verfahrens	544
5. Prozessuales	544
6. Maßnahmerichtung und Duldungsverfügung	545
7. Sonderproblem: Feststellungswirkung der Beseitigungsanordnung ..	546
V. Nutzungsuntersagung (Art. 76 S. 2 BayBO)	547
VI. Baueinstellung (Art. 75 BayBO)	548
VII. Sonstige bauaufsichtliche Befugnisse	549
1. Generalklausel: Art. 54 Abs. 2 S. 2 BayBO	549
2. Konkretisierung allgemeiner Anforderungen: Art. 54 Abs. 3 BayBO	550
3. Anforderungen an bestehende bauliche Anlagen: Art. 54 Abs. 4 und 5 BayBO	550
4. Betreten und Besichtigen: Art. 54 Abs. 2 S. 4 BayBO	551
VIII. Örtliche Bauvorschriften	551
1. Allgemeines zur Baugestaltung	551
2. Erlassverfahren	552
3. Materielle Anforderungen	552
4. Rechtsschutz gegen örtliche Bauvorschriften	552
IX. Abweichungen (Art. 63 BayBO)	553
E. Der Nachbar im öffentlichen Baurecht	554
I. Allgemeines	554
II. Der Begriff des Nachbarn	554
III. Klagebefugnis des Nachbarn	555
1. Ausgangspunkt: Schutznormtheorie	556
2. Das sog. Rücksichtnahmegerbot	557
3. Kein Nachbarschutz aus Art. 68 Abs. 1 S. 1 2. HS BayBO	559
4. Keine Ableitung von Nachbarrechten aus Art. 14 Abs. 1 GG	559
IV. Nachbarbeteiligung nach Art. 66 BayBO	560
V. Klagefrist und Verwirkung bei der Nachbarklage	560
VI. Begründetheit der Nachbarklage	561
1. Gerichtlicher Entscheidungszeitpunkt	561
2. Begründetheit der Anfechtungsklage	562
3. Begründetheit der Verpflichtungsklage	562
VII. Der Dualismus des Nachbarrechts	563
VIII. Einstweiliger Rechtsschutz	564
1. Anfechtung von Baugenehmigungen	564
2. Einstweiliger Rechtsschutz im Übrigen	565
a) Rechtsschutz nach § 123 VwGO	565
b) Rechtsschutz nach § 47 Abs. 6 VwGO	565
IX. Abstandsflächen	566
1. Allgemeines	566
2. Bemessung von Abstandsflächen	566
3. Nachbarrecht	567
4. Abstandsflächenrecht und Bauplanungsrecht	567

XXVI

Inhaltsverzeichnis

X. Drittschutz in den §§ 29 ff. BauGB	568
1. Nachbarschutz im Planbereich (§§ 30, 31 BauGB)	568
a) Nachbarschutz trotz Einhaltung des Bebauungsplans	568
b) Nachbarschutz bei Verstößen gegen einen Bebauungsplan	568
c) Nachbarschutz bei Ausnahmen und Befreiungen	569
2. Nachbarschutz im unbeplanten Innenbereich (§ 34 BauGB)	570
3. Nachbarschutz im Außenbereich (§ 35 BauGB)	571
a) Nachbarschutz gegenüber einem privilegierten Vorhaben	571
b) Nachbarschutz eines privilegierten Vorhabens	572
Sachverzeichnis	573

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG